



PWS begleitet den Consejo Indígena Lenca de Reitoca (CILR), der sich in der Gemeinde Reitoca gegen ein Wasserkraftprojekt und für die Erhaltung ihres lebenswichtigen Flusses einsetzt.
Foto: Christophe Egger/PWS 2018

20 Jahre internationale Präsenz von Peace Watch Switzerland

Die Genesis von PWS: Von der Solidaritätsaktion zur Fachorganisation für internationale Menschenrechtsbeobachtung. Von Karl Heuberger, Vorstandsmitglied, und Marianne Widmer, Projektkoordinatorin Honduras

«Wir bitten um eure Präsenz für die kommende Zeit der Rückkehr in unsere Heimat». 1992 richteten sich die «Comisiones Permanentes», die Vertretung der geflohenen Guatemalteq*innen in Mexiko, an die internationale Öffentlichkeit. Menschenrechtsbeobachter*innen sollten für die Rückkehrbegleitung nach Guatemala entsendet werden. 1997 kam ein weiterer Aufruf dazu: die Bitte um internationale Präsenz in den Dörfern Südmexikos. In der Schweiz bildeten Solidaritätsgruppen und Hilfswerke Trägerschaften, um Freiwillige auf Einsätze zur Menschenrechtsbegleitung nach Guatemala und Südmexiko vorzubereiten und zu entsenden. Für Guatemala wurde die Coordinación Suiza de Apoyo al Retorno (COSAR) gegründet, für Mexiko die Coordinación Suiza para el Acompañamiento (CORSAM). Die Arbeit von PWS war entstanden.

Vereinsgründung 2001

Die Umsetzung der Solidaritätsprojekte war anspruchsvoll, es brauchte einen institutionellen Rahmen. 2001 wurde der Verein Peace Watch Switzerland (PWS) gegründet. Im gleichen Jahr erhielt PWS von HEKS den Auftrag für die Umsetzung des «Ecumenical Accompaniment

Programme in Palestine and Israel (EAPPI)». PWS verstand sich zunehmend als Spezialistin für internationale Menschenrechtsbegleitung – ein Instrument für Frieden, Gewaltfreiheit und den menschenrechtsbasierten Umgang mit Konflikten. Es gelang, die Wirkung von internationaler Präsenz zum Schutz von exponierten Bevölkerungsgruppen und Menschenrechtsverteidiger*innen aufzuzeigen und durch Informationsarbeit in der Schweiz zu verstärken. 2009 lancierte PWS ein weiteres Projekt in Kolumbien, erstmals mit Projektverantwortung vor Ort.

Die aktuelle Basis von PWS

Heute ist PWS nicht mehr an den Projekten in Mexiko und Guatemala beteiligt und musste wegen der Finanzlage 2020 das Projekt in Kolumbien leider abschliessen. Die bisherige Erfahrung, die Umsetzungsverantwortung im Projekt EAPPI und die Durchführung des eigenen PWS-Projekts Honduras (seit 2017) bilden derzeit die Basis. Unsere Ziele bleiben die Menschenrechtsbegleitung und die Verbindung der Zivilgesellschaften hier und dort. Der Einbezug von Freiwilligen ist ein Kernelement, und das Zusammenspiel von Professionalität und Solidarität gehört zum Grundverständnis von PWS.

Aktuelle Informationen zu PWS und der Menschenrechtsarbeit in den Projektländern finden Sie auf unserer Webseite (peacewatch.ch) und unseren Blogs zu EAPPI (eappiswitzerland.wordpress.com) und Honduras (peacewatch.blog).

Menschenrechte tragen zur nachhaltigen Entwicklung bei

Wie wichtig Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und die Bekämpfung von Korruption und Straflosigkeit für nachhaltige Entwicklung und Frieden in einem Land sind, erklärt Peter Sulzer von der DEZA am Beispiel von Honduras. Für PWS: Andreas Loebell, Vorstandsmitglied

PWS: Die Entwicklungszusammenarbeit und die Sicherung von Menschenrechten sind in den letzten Jahren immer näher zusammengerückt. Wie zeigt sich das in Honduras?

Peter Sulzer: Oft steht bei Armut- und Entwicklungsdiskussionen der ökonomische Aspekt im Mittelpunkt. Jedoch sind die fehlenden finanziellen Ressourcen nicht Ursprung, sondern eine Folge von strukturellen Mängeln in den betroffenen Ländern, die zu einer Verweigerung von grundlegenden Menschenrechten führen. In Honduras zeigt es sich allzu offensichtlich, dass Korruption und Straflosigkeit an der Spitze der Ursachen der Armut stehen. Permanent werden dem Staat die notwendigen Mittel entzogen, um z.B. den Zugang zu Bildung, zu einem funktionierenden Gesundheitswesen oder zu einem egalitären Rechtssystem sicherzustellen. Dazu kommt die Unfähigkeit des Staates, die Sicherheit der Bewohner*innen zu gewährleisten. Nachhaltige Armutsreduktion kann daher nur erfolgen, wenn Korruption und Straflosigkeit vermindert werden und der Staat dadurch zunehmend in der Lage ist, seinen Verpflichtungen bei der Beachtung der Menschenrechte nachzukommen. Ein Hauptbereich der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit richtet sich folglich auf die Verbesserung von Regierungsführung und Rechtsstaat sowie die Wahrung der Menschenrechte. Wichtig ist uns in Honduras, dass die Bemühungen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation komplementär auf verschiedenen Ebenen international, national und lokal erfolgen: durch Interventionen im Menschenrechtsrat, mit der Unterstützung



Peter Sulzer ist Chef Internationale Zusammenarbeit im Kooperationsbüro der Schweiz (DEZA/COSUDE) in Honduras.

der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte und des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofes, über Antikorruptionsmassnahmen und über die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie z.B. PWS.

Wir begleiten in Honduras benachteiligte Gemeinschaften, um sie vor Menschenrechtsverletzungen zu schützen und in der Wahrnehmung ihrer verfassungsmässigen Rechte zu unterstützen. Wie sinnvoll ist ein solches zivilgesellschaftliches Engagement, um die Handlungsspielräume bedrohter

*Gemeinschaften und Menschenrechtsverteidiger*innen zu erweitern?*

Die Bedeutung der Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Menschenrechtsverteidiger*innen wurde mir eindrücklich bewusstgemacht, als vor gut einem Jahr eine Menschenrechtsverteidigerin die DEZA in Tegucigalpa um Hilfe bat. Sie war von Polizisten bedroht und eingeschüchtert worden. Wir haben bei der Polizei interveniert und erreicht, dass die Angelegenheit untersucht wurde. Mit Tränen in den Augen hat mir die Menschenrechtsverteidigerin gedankt und gesagt, dass sie sich begleitet fühle. Ihre Ohnmacht sei einem Gefühl der Hoffnung gewichen. Hoffnung und das Gefühl, nicht allein zu sein, sind für die Menschenrechtsverteidiger*innen in Honduras, die sich täglich unter den widrigsten Umständen und teils unter Lebensgefahr für die Rechte der Bevölkerung einsetzen, von enormer Bedeutung. Die Begleitung durch ausländische Organisationen gibt ihnen einen gewissen Schutz und dadurch die Kraft weiterzuarbeiten.

PWS 2021: Aufbruch mit neuer Energie

Eigenständigkeit

Vorstand und Mitarbeiterinnen haben jüngst einhellig ein Bekenntnis zu PWS als eigenständiger Organisation abgelegt. Kooperationen mit anderen NGOs werden für uns an Bedeutung gewinnen. Aber unsere Entscheidungen wollen wir weiterhin autonom treffen. Nach der angespannten Lage 2019 war dieser richtungsweisende Entscheid nicht selbstverständlich.

Kooperationen

Wir mussten erfahren, dass Programme nicht allein mit Beiträgen und Spenden zu finanzieren sind. PWS ist auf Kooperationen wie mit HEKS angewiesen. Nur so wird unsere Arbeit nachhaltig, planbar und vor allem finanzierbar. In den letzten Monaten haben wir Gespräche mit 17 NGOs geführt. Ihnen werden wir ein Kurzvideo zu Arbeit und Wirkung von PWS für die Verbreitung bei Partnerorganisationen in ihren Einsatzländern zur Verfügung stellen. Wir hoffen, damit Interesse für unsere Arbeit zu wecken und Boden für neue Kooperationen zu legen. Unser Ziel? In den kommenden Jahren zwei neue Projekte starten!

Weltweiter Bedarf an Schutz

Eine globale Analyse der irischen NGO Front Line Defenders für 2020 zeigt, dass PWS auch zwanzig Jahre nach seiner Gründung die Arbeit – leider! – nicht ausgeben wird. Es gibt noch viel zu tun. Wir wollen es anpacken. All jenen, die uns seit Jahren treu unterstützen, möchten wir auch an dieser Stelle von ganzem Herzen danken. Wir sind froh, wenn wir weiterhin darauf zählen dürfen!

Ueli Locher, Präsident

«Meine Glückwünsche an Peace Watch Switzerland für 20 Jahre Einsatz und Engagement zugunsten von Verteidiger*innen von Menschenrechten und von Gemeinschaften, die Opfer von Verletzungen der Menschenrechte sind. Eure Arbeit ist ausserordentlich und ungemein wichtig. Ich hoffe und wünsche mir daher, dass ihr eure Aktivitäten noch viele Jahre fortführen könnt.»

Mary Lawlor, UNO-Sonderberichtstellerin für Menschenrechtsverteidiger*innen



Eine Menschenrechtsverteidigerin kämpft für Sheikh Jarrah

Im EAPPI-Programm beobachten und dokumentieren EAs seit Jahren Zwangsräumungen in und um Ostjerusalem, berichten über gewaltfreie Aktionen der Zivilbevölkerung und sind präsent an Gerichtsverhandlungen. Lucie Wirz, ehemalige EA, sprach mit einer Menschenrechtsverteidigerin über ihre Arbeit und über die Rolle der Frauen in der aktuellen Bewegung gegen die Räumungen. Von Lucie Wirz, ehemalige

Menschenrechtsbegleiterin/Ecumenical Accompanier (EA) in Palästina/Israel

Suhad Abdellatif, aufgewachsen im Stadtviertel Sheikh Jarrah in Ostjerusalem, ist Menschenrechtsverteidigerin mit Fokus auf Frauenrechte und seit über 20 Jahren als Aktivistin in verschiedenen Menschenrechtsorganisationen tätig. Zuvor berichtete sie als Journalistin über die Besetzung in Ostjerusalem und arbeitete als Medien- und Advocacy-Beraterin für das palästinensische Ministerium für Frauen.



Die Menschenrechtsverteidigerin Suhad Abdellatif setzt sich seit über 20 Jahren für die Rechte der Palästinenser*innen, insbesondere der Frauen und Jugendlichen, in Ostjerusalem ein.

Lucie Wirz: Viele palästinensische Familien in Sheikh Jarrah sind derzeit von Zwangsräumungen bedroht. Können Sie die Situation und den rechtlichen Hintergrund erläutern?

Suhad Abdellatif: Seit Beginn der Besetzung hat Israel Palästinenser*innen Land entzogen, das sie für den Bau jüdischer Siedlungen beanspruchen. Zudem werden sie aus ihren Häusern vertrieben. In Sheikh Jarrah erteilen israelische Gerichte Räumungsbefehle gegen palästinensische Bewohner*innen, oft unter der Prämisse, dass ihre Häuser jüdischen Siedler*innen gehören¹. Derzeit sind 28 Familien, also rund 500 Personen, gefährdet, ihre Häuser zu verlieren. Grösstenteils leben sie seit über 60 Jahren dort, oft in Häusern, die sie 1956 von der UNRWA und der jordanischen Regierung erhalten hatten, als Ostjerusalem unter jordanischer Herrschaft stand². Viele Familien besitzen also Eigentumsdokumente, doch Israel anerkennt sie nicht.

Können Sie Ihre Rolle als Menschenrechtsverteidigerin in Sheikh Jarrah beschreiben?

Als Teil meiner Arbeit unterstütze ich das Engagement von Jugendlichen. Die Jugend von Sheikh Jarrah berichtet sehr aktiv über die Situation in unserem Viertel. Sie sprechen über Siedler*innen, die kommen, um uns einzuschüchtern und zu bedrohen, über die ständige Angst, das eigene Haus zu verlieren, aber auch über den zivilen Widerstand gegen Räumungen. Als Sprachrohr benutzen sie in erster Linie Social-Media-Kanäle. Dies hat geholfen, den Fall von Sheikh Jarrah weltweit bekannt zu machen und viel Solidarität

zu erwecken. Ein gutes Beispiel dafür ist Mona al-Kurd, eine junge und dank Social Media mittlerweile berühmte palästinensische Aktivistin. Des Weiteren machen wir Advocacy-Arbeit und nutzen das internationale Recht, um unsere Prozesse zu verhandeln. Aufgrund der Besatzungssituation dürften Palästinenser*innen nach internationalem Recht nur in Ausnahmesituationen vor israelischen Gerichten angeklagt werden. Grundsätzlich sind jedoch palästinensische Gerichte zuständig³. Auch versuchen wir den Fall von Sheikh Jarrah mit anderen, ähnlichen Fällen zu verbinden. Beispielsweise stehen in Batan al-Hawa, im Ostjerusalem Stadtviertel Silwan, hunderte Palästinenser*innen vor einer Zwangsräumung. Wir wollen aufzeigen, dass diese zivilrechtlichen Fälle politisch motiviert sind, mit dem Ziel, die demographische Realität in Ostjerusalem zu ändern.

Wie sehen Sie die Rolle der Frauen in der aktuellen Bewegung gegen die Räumungen?

Es ist wichtig, dass wir die Bestrebungen der verschiedenen Frauenbewegungen in Jerusalem zusammenführen. Wir haben viel Erfahrung, arbeiten aber leider oft getrennt. Eine Vernetzung würde uns stärken. Zudem muss uns Frauen mehr Raum in der Bewegung eingeräumt und unseren Forderungen und Bedürfnissen Gehör verschafft werden. Wir haben starke weibliche Aktivistinnen in Sheikh Jarrah, wie Mona Al-Kurd, die Vorbilder für andere junge Frauen und eine Quelle des Empowerments sein können. Jetzt müssen wir nicht nur innerhalb dieser Bewegung Führungspersönlichkeiten werden, sondern auch in unseren Gemeinden und unserer Regierung.

¹ Ein israelisches Gesetz von 1970, erlaubt es Juden, Eigentum in Ostjerusalem zurückzufordern, wenn es vor 1948 in Besitz von Juden war. Es gibt kein äquivalentes Gesetz für Palästinenser*innen, um Eigentum in Westjerusalem zurückzufordern: <https://peacenow.org/en/the-threat-of-mass-palestinian-displacement-in-east-jerusalem>

² <https://www.unrwa.org/newsroom/press-releases/unrwa-joins-other-un-entities-raising-alarm-over-eight-sheikh-jarrah>

³ Weitere Informationen: <https://books.openedition.org/ihed/101?lang=de#bodyftn20>

Frauen in Honduras erheben ihre Stimme im Kampf um Rechte

Was bedeutet es, als Frau in Honduras die Rechte, den Lebensraum und die Gemeinschaftsgüter einer Gemeinschaft zu verteidigen? Text und Interviews von Mireia Izquierdo, Einsatzkoordinatorin bei PWS Honduras¹

Wenn eine Frau in Honduras die Rechte ihrer Gemeinschaft einfordert, lebt sie doppelt gefährlich: Als Menschenrechtsverteidigerin und als Frau. Ein Blick in die allgemeine Statistik des Landes zeigt erschütternde Zahlen: Nahezu täglich wird in Honduras eine Frau ermordet. 2020 kamen insgesamt 279 Frauen gewaltsam zu Tode.² Die Häufigkeit und Skrupellosigkeit, mit der Frauen Gewalt angetan wird, exponiert Menschenrechts- und Umweltaktivistinnen zusätzlich. In den Gemeinschaften und Basisorganisationen, die PWS begleitet, gibt es unter den Führungspersonen auch Frauen. Haben sie Angst? Ja. Würden sie deshalb ihr Engagement aufgeben? Nein. Aber wie geht es ihnen dabei, welche Hürden und Veränderungen nehmen sie wahr?

PWS hat bei drei Frauen nachgefragt

Roxana ist eine junge Menschenrechtsverteidigerin in Zacate Grande, in der Basisorganisation ADEPZA. «Als Frau hast du eine zentrale Rolle in der Familie, du versorgst Kinder, Eltern oder Geschwister. Einschüchterungen und Drohungen, die dich treffen sollen, werden oft an deine Angehörigen gerichtet. Das macht es besonders

schwierig. Dazu kommen die Sexualisierung von Drohungen und der ständige Vorwurf, dass wir durch das Engagement unseren Ruf schädigen, unsere Pflichten vernachlässigen.» Traditionelle Frauenrollen und patriarchale Verhaltensweisen führen dazu, dass Menschenrechtsaktivitäten von Frauen als zweifelhaft oder gar weniger wertvoll angesehen werden. «Unsere Gesellschaft ist machistisch», sagt Gisela, Führungsperson in der Basisorganisation CILR von Reitoca. «Oft heisst es, der Kampf für Rechte sei Männersache, Frauen seien das schwache Geschlecht. Initiativen von Frauen versanden manchmal nur deshalb, weil Männer nicht akzeptieren, dass die gute Idee von einer Frau stammt.»

Der Weg sei lang und hart. Trotzdem gehe es langsam voran, sagt die Anwältin Nidia Castillo, die Prozesse von Basisorganisationen begleitet und ihre Führungspersonen vor Gericht vertritt. «In den vergangenen zehn Jahren hat es Veränderungen gegeben, die vor allem auf

Frauen in Führungsrollen sind trotz Wandel geschlechtsspezifischen Risiken ausgesetzt.



Roxana ist Menschenrechtsverteidigerin und Radiomacherin beim Lokalsender «La Voz de Zacate Grande».

unsere Erfahrungen als engagierte Frauen in der Öffentlichkeit zurückzuführen sind. Vorbilder und eigene Erfahrungen stärken uns und zeigen, dass wir etwas erreichen können.» Zudem hat die Justiz, mit der Verankerung des Strafbestands «Frauenmord» im honduranischen Strafrecht, ein Instrument erhalten, um Strafhandlungen gegen Frauen zu differenzieren. Das mache es für Frauen leichter, die Stimme zu erheben und Rechte einzufordern – aber die spezifischen Risiken und Formen von gesellschaftlicher

Diskriminierung seien damit längst nicht aus dem Weg geräumt.

Gisela bestätigt: «Auch wenn es viel Kraft braucht: Es gibt in den Gemeinschaften heute Raum für die aktive Partizipation von Frauen. Es herrscht verstärkt Konsens darüber, dass wir Männern gleichgestellt und ermächtigt sind, uns einzubringen.» Gisela und Roxana glauben beide, dass eine Entwicklung stattgefunden hat. Männer akzeptieren Frauen heute vermehrt als Verbündete im Kampf für die Rechte ihrer Gemeinschaft. Ja, hier habe ein Paradigmenwechsel stattgefunden, betont Gisela: «Früher haben sich Frauen selbstverständlich den Männern untergeordnet. Heute sind wir in der Debatte präsent, und wenn wir die Stimme erheben, werden wir gehört.»

Genderblick in der Begleitarbeit von PWS

Als Begleit- und Beobachtungsorganisation für Menschenrechte gehört die Situation von Frauen und Männern ins Blickfeld von PWS. Genderbefunde sind Teil unserer Einsatzberichte. Bei Bedarf thematisieren wir unsere Beobachtungen gegenüber den begleiteten Gemeinden oder wir machen sie auf Beratungsangebote von Fachorganisationen aufmerksam. Frauen in Führungsrollen begleiten wir auch mit Blick auf ihre geschlechtsspezifischen Risiken. Doch auch unsere eigene Gendersensibilität als internationale Menschenrechtsbegleiter*in und als PWS-Teammitglied wollen wir verbessern. Genderaspekte und der Austausch über Beobachtungen und Erfahrungen gehören zum Standard an Teambesprechungen.

¹ Der ungekürzte Beitrag in spanischer Sprache ist ab August im Honduras-Blog auf der PWS-Webseite zu finden.

² <https://derechosdelamujer.org/project/monitoreo-2020/>